



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Altes. Nun kann die Apotheose mit bengalischer Beleuchtung losgehen. Nur noch einen schwarzen Kaffee im Boulevard, und dann als liebender Vater in die Arme meiner Kinder!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Sozialreform im Beamtentum. Daß der Handwerker gutes Werkzeug, der Chirurg gute Instrumente, der Gelehrte eine gute Bibliothek braucht, das weiß jeder, und wir würden ohne Bedenken den für einen Einfaltspinsel erklären, der da meinte, alle jene Leute könnten ebenso gut auch mit längst überwundenen Werkzeugen, stumpfen Messern und veralteten Büchern auskommen. Unsere öffentliche Meinung, die so stürmisch den sozialen Fortschritt verlangt und schnellere und größere Reformen fordert als die bisherigen, gleicht in gewisser Weise einem solchen Einfaltspinsel, denn sie vergißt ganz, zu prüfen, ob denn auch das notwendige Werkzeug zur Erreichung sozialer Fortschritte, ob unser Beamtentum in Staat, Gemeinde und Selbstverwaltung zur Durchführung solcher großen Aufgaben geeignet sei. Wie hoch man auch die Thätigkeit der Presse, der Parlamente, der politischen Vereine, der Einrichtungen der Selbsthilfe und einzelner eifriger Privatleute anschlagen mag: auf dem wichtigsten Gebiete der Sozialreform, dem Gebiete der Thätigkeit des Staats, der Gemeinden und der Selbstverwaltungskörper, kommt es doch schließlich vor allem auf den Beamten an. Bei ihm steht die Handhabung der Gesetze und zum großen Teil auch ihre Vorbereitung. Preussisches Beamtentum hat dem Bauer im Osten der Elbe im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert das Leben gerettet; kur-sächsisches Beamtentum hat im siebzehnten Jahrhundert den Stand des Gefindes und der ländlichen Arbeiter in Elend und Demütigung hinuntergedrückt. Ob heute die Sonntagsruhe zu einem Nichts zerlöchert oder aufrecht erhalten wird, ob eine friedliche Entwicklung auf Grund der gesetzlichen Freiheiten platzgreifen kann, oder ob die Massen durch Polizeischikane verbittert werden, ob einem so ungeheuern Übelstande, wie der Ausbeutung des Grund und Bodens in den größern Städten, ein Ende gemacht wird oder nicht, das hängt im wesentlichen doch vom Beamtentum ab, und deshalb ist es hohe Zeit, die angedeutete Prüfung vorzunehmen. Wir bilden uns natürlich nicht ein, eine so wichtige Frage in dem Rahmen eines kurzen Artikels erörtern zu können; aber auf einige der Reform dringend benötigte Punkte möchten wir doch aufmerksam machen.

Zung gewohnt, alt gethan: fang das Gute zeitig an! Die Universitätsausbildung unsrer künftigen Verwaltungsbeamten ist verkehrt. Der künftige Verwaltungsbeamte wird jetzt auf der Universität wesentlich juristisch gebildet, höchstens verlangt man von ihm ein paar oberflächliche volkswirtschaftliche Kenntnisse. Der Mann, der künftig einmal als Regierungsbeamter die Thätigkeit der Arbeitervereine zu überwachen und der Regierung über sie zu berichten, hat, oder der einmal als Bürgermeister über die hauliche Anlage ganzer Stadtteile ein entscheidendes Wort sprechen soll, muß zwar die Formeln des altrömischen Zivilprozesses sehr genau kennen und wissen, ob Numerius Regidius auf Grund einer Actio in factum oder

in jus concepta dem Aulus Agerius verurteilt wird, aber eine eindringende Belehrung über Wesen und Bedeutung der Arbeiterorganisationen und über die städtische Wohnungsfrage ist für ihn durchaus überflüssig. Ein sehr viel lebhafterer Betrieb der volkswirtschaftlichen Studien auf der Universität für alle künftigen öffentlichen Verwaltungsbeamten ist unbedingt nötig; ja man kann fragen, ob es nicht ratsam wäre, das eigentliche, auf Rechtsanwalts- und Gerichtskarriere zulaufende Rechtsstudium ganz von dem Studium für den Beruf als künftiger Verwaltungsbeamter zu trennen und für das letztere wesentlich Volkswirtschaft, nur wenig mit Jurisprudenz vermischt, vorzuschreiben. Sollte es nur Zufall sein, daß Baden, wo diese Einrichtung besteht, was soziale Reformen betrifft, in mehr als einer Richtung an der Spitze geht?

Eine weitere Forderung betrifft die Besoldungsverhältnisse der Beamten. Es wird im Interesse der sozialen Aufgaben der Beamenschaft immer wünschenswert sein, daß ein Teil von ihr den ärmeren Klassen entstamme. Wer immer nur in wohlhabenden Verhältnissen gelebt hat, dem wird es schwer, die Verhältnisse und Anschauungen armer Leute zu verstehen; der natürliche Schauder, den der verwöhnte Mensch vor Elend, Schmutz und Dürftigkeit empfindet, hält ihn wirksamer als eine chinesische Mauer von der Berührung mit den untern Volksklassen ab. Aber ist es heutzutage einem Gliede einer armen oder selbst einer mittlern Familie möglich, in die Verwaltungslaufbahn einzutreten? Nach vollendeter Schulzeit erwarten den Kandidaten für den öffentlichen Verwaltungsdienst noch 10 bis 12 besoldungslose Jahre: nämlich 1 Militärljahr, 3 Studienjahre, 5 Jahre Referendanzzeit (einschließlich des Examens) und 2 bis 3 Jahre als unbesoldeter Assessor. Rechnet man auch nur den sehr mäßigen Jahresverbrauch von 1500 Mark und nur für 10 Jahre, so heißt das, daß nach vollendetem Gymnasium jeder, der in den öffentlichen Verwaltungsdienst eintreten will, mindestens noch 15 000 Mark braucht, wahrscheinlich aber, bei den herrschenden Lebensgewohnheiten, noch weit mehr. Das sind Verhältnisse, die nicht nur den eigentlichen Arbeiterstand, sondern selbst die Söhne von Beamtenfamilien, die auf ihren Gehalt angewiesen sind, und von leidlich wohlhabenden Bauernfamilien ausschließen und die Verwaltung zu einer Domäne der Reichen und Reichsten machen — gewiß das Allerunglücklichste in einer Zeit, die vor allem die Aufgabe „ausgleichender Gerechtigkeit“ hat. Um diese Plutokratie im Beamtentum zu brechen, ist eine zeitigere Bezahlung notwendig. Wenn man schon die Referendare nach etwa einem Jahre, wie es jetzt noch oft im Königreich Sachsen geschieht, mit 1200 bis 1800 Mark bezahlte, würde es auch den ärmeren Klassen möglich sein, wenigstens in einer Anzahl von Fällen in die Verwaltung zu kommen. Bezahlung der Referendare würde freilich Beschränkung ihrer Zahl auf die wirklich gebrauchten notwendig machen, und das könnte wieder leicht zu einer Stauung der überzähligen Kräfte zwischen Universität und Amtsantritt führen. Aber diese Stauung würde doch kaum so schlimm sein wie jetzt die Stauung der unbesoldeten Amtsthätigen, und jedenfalls würde eine solche Wartezeit von den Unbemittelten leichter ertragen werden als die jetzige, da sie dann an Nebenerwerb noch nicht gehindert und zu Standesausgaben noch nicht genötigt wären.

Endlich möchte ich noch als einen sehr wichtigen Punkt die Errichtung eines Reichsarbeitsamts empfehlen. Ein solches Amt ist ja schon wiederholt und von mehr als einer Seite verlangt worden; rühmenswerte Beispiele liegen im Auslande vor, und thatsächlich drängt uns ja auch die immer weitere, wenn auch langsame Entwicklung unsrer Sozialpolitik dazu, einen solchen Mittelpunkt zu schaffen. Aber bisher hat man ein solches Amt immer nur gewünscht, um unsre sozialen Aufgaben besser

erledigen zu können; ich wünsche es auch als einen Mittelpunkt, von dem aus ein starker sozialer Geist über die Beamtenschaft ausgehen würde. Die Veröffentlichungen eines solchen Arbeitsamts würden in Beamtentreisen voraussichtlich mehr Beachtung finden als private; die persönliche Verührung der Beamten des Arbeitsamts mit denen anderer Wirkungskreise würde von großem Nutzen sein; jeder junge Referendar oder Assessor, der auch nur einigermaßen Fähigkeit und Interesse für soziale Dinge zeigte, könnte zu seiner Ausbildung ein halbes oder ein ganzes Jahr aufs Arbeitsamt geschickt werden und würde von da sehr wertvolle Interessen und Kenntnisse mit hinwegnehmen. Es läßt sich kaum ermessen, welchen Segen ein solches Arbeitsamt, welchen Segen die bezeichneten Reformen überhaupt stiften würden.

Die Reform des Beamtentums ist eine mehr abseits liegende und bisher nicht eben populäre Sache. Thatsächlich aber ist sie viel wichtiger als manche von der Tagesmeinung mit großem Geschrei erhobene Forderung; denn sie erst würde den Boden schaffen, auf dem eine planmäßige soziale Reformpolitik gedeihen kann.

K. v. M.

Zur Währungsfrage. Die Flut der Schriften für Doppelwährung strömt weiter. Professor Adolf Wagner hält es in seiner Schrift: Die neueste Silberkrisis und unser Münzwesen (Berlin, Hermann Walther, 1894) für seine nächste Aufgabe, uns Deutschen zu beweisen, daß unser Münzwesen keineswegs so vortrefflich sei, wie wir uns einbilden. Was haben wir doch für besorgte Ärzte! An so vielen Stellen unsers Leibes fühlen wir deutlich, wie es uns zwickt und drückt, und nun kommen die Herren und suchen uns zu beweisen, daß wir auch noch an den Stellen krank sind, wo wir uns gesund und frei von Schmerzen fühlen! Karl Hecht hat schon voriges Jahr bei den Gebrüdern Fey in Frankfurt 66 Thesen zur Währungsfrage herausgegeben, und in diesem Jahre bei Puttkammer und Mühlbrecht einen Antibamberger, der des großen Goldwährungsmannes „Stichworte der Silberleute“ Seite für Seite zu widerlegen sucht. Emil Aschendorf, der stellvertretende Direktor des Bundes der Landwirte, beleuchtet in einer bei F. Telge in Berlin erschienenen Broschüre: Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Währung, Otto Arendt hat seine Polemik im Deutschen Wochenblatt gegen die neuesten Aufsätze Bambergers in der „Nation“ bei Hermann Walther unter dem Titel: Die Silberenquête herausgegeben, eine in demselben Verlag erschienene Broschüre enthält Wissenschaftliche Gutachten über die Währungsfrage, und Dr. Otto Heyn, hamburgischer Amtsrichter a. D., schlägt Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandsverkehr (Puttkammer und Mühlbrecht) als das beste Mittel zur Lösung der Währungsfrage vor.

Verweilen wollen wir nur bei einer Währungsschrift, die durch ihre Form anzieht: Bimetallismus und Monometallismus. Ihre Bedeutung und ihre Einwirkung auf die irische Landfrage von Dr. Walsh, Erzbischof von Dublin. Mit Genehmigung des Hochwürdigsten Herrn Verfassers übersetzt und herausgegeben von Wilhelm von Kardorff-Wabnitz (Berlin, Hermann Walther, 1893). Den Inhalt der Schrift bildet eine Unterredung des Erzbischofs mit einem Zeitungsberichterstatter, die dieser mit Erlaubnis des Erzbischofs veröffentlicht hat. Die Unterredung knüpft an einen bestimmten Fall an. Als Vermittler in dem Streit einer Pächterschaft mit ihrer Grundherrschaft hatte der Erzbischof vor der Landkommission gesagt, die von der Grundherrschaft vorgeschlagenen Bedingungen möchten für die Gegenwart ganz annehmbar sein, nach einer Reihe von Jahren aber könnten sie leicht eine erdrückende Last für die Pächter werden, und zwar infolge der stetigen

Preissteigerung des Goldes. Diese seine Ansicht nun, auf deren nähere Darlegung vor der Kommission er, um den Streitfall nicht noch mehr zu verwickeln, hatte verzichten müssen, läßt er sich von dem Interviewer abfragen. Wir wollen die hauptsächlichsten Sätze des Erzbischofs zusammenstellen und ein paar Bemerkungen dazu machen.

„Die Sache liegt so, daß ungeachtet der sogenannten Fixirung des jährlich zu zahlenden Geldbetrags die Zahlung dieses Betrags in Pfunden, Schillingen und Pfennigen thatsächlich eine Belastung darstellt, die von Jahr zu Jahr schwerer wird.“ Das kann richtig sein; doch kann auch das Gegenteil eintreffen: die Last kann leichter werden, und statt des Pächters kann der Grundherr Schaden leiden. Deshalb hat schon Adam Smith die Regel aufgestellt, daß jährliche Zahlungen, die auf sehr lange Zeiten oder gar auf ewige Zeiten festgelegt werden, niemals in Geld, sondern in Getreide angesetzt werden sollten. Denn Getreide schwankt zwar, weil seine Menge vom Ernteausfall abhängt, von Jahr zu Jahr stärker im Preise als alle andern Waren, behält aber seinen Durchschnittspreis durch alle Jahrtausende, weil zu allen Zeiten darnach gestrebt werden muß, so viel davon zu erzeugen, daß sich die Volksmasse satt essen kann, demnach der Wert einer zur Sättigung der drei- bis fünfköpfigen Familie erforderlichen Getreidemenge immer ungefähr dem halben Tagelohn entsprechen wird, von dessen Höhe dann wieder die übrigen Werte abhängen. Die Edelmetalle dagegen schwanken, die außerordentlichen Krisen abgerechnet, von Jahr zu Jahr nur wenig im Preise, erleiden aber im Laufe der Jahrhunderte sehr bedeutende Wertveränderung, sind z. B. seit dem vierzehnten Jahrhundert auf ein Fünftel, seit dem neunten auf ein Zehntel ihres Werts gefallen. Die Verpflichtung zu jährlichen Zahlungen ist daher stets gefährdend für die eine oder für die andre Seite, wenn die Summe auf lange Zeit hinaus nicht in Brotrucht, sondern in Geld festgesetzt ist.

„Weit entfernt davon, unerprobt zu sein, hat der Bimetallismus in vielen europäischen Staaten, und zwar viele Jahre hindurch geherrscht.“ Das ist nicht ganz genau. Wertmesser ist immer nur das eine oder das andre der beiden Edelmetalle gewesen; aber da ihr Wertverhältnis zu einander ziemlich fest blieb, das Agio oder Disagio des andern zum eigentlichen Münzmetall daher nicht sehr bemerkt wurde, so schienen beide Metalle Wertmesser zu sein. Im Grunde genommen meint das auch Walsh. Er erklärt den Ausdruck Bimetallismus für irreführend. Er sagt ausdrücklich, daß man nicht zwei Wertmaßstäbe zulassen dürfe, daß es vor allem auf die Unveränderlichkeit oder, da wirkliche Unveränderlichkeit nicht zu erreichen sei, auf möglichste Stetigkeit des Wertmaßstabes ankomme, daß diese Stetigkeit aber in höherm Grade erreicht werde, wenn beide Edelmetalle benutzt würden, als wenn man nur eins benutze. Denn beide schwanken zwar im Wert, aber ihre Schwankungen, meint er, bewegten sich für gewöhnlich in entgegengesetzter Richtung und glichen daher einander aus. Gerade durch ein Gesetz aber, das ein festes Wertverhältnis zwischen beiden bestimme, werde diese Ausgleichung gefördert. Das sei nicht so zu verstehen, daß ein Gesetz die Preise künstlich machen könne — das sei nicht möglich; Angebot und Nachfrage seien thatsächlich für alle Waren, auch für Gold und Silber, die alleinigen preisbildenden Mächte —, sondern so, daß das Währungs Gesetz die Nachfrage regle. Werde z. B. das Verhältnis auf $1:15\frac{1}{2}$ festgesetzt, und Silber sinke infolge vermehrter Produktion im Preise, sodas das Pfund nur noch ein Sechzehntel des Wertes von einem Pfund Gold wert sei, so werde jedermann Silber in die Münze schicken wollen, wo sein Silber zu $15\frac{1}{2}$ angenommen wird, er also einen Schnitt macht, und durch diese Nachfrage werde

sich der Silberpreis wieder heben. Diese Erfahrung habe man gemacht, solange Deutschland Silberwährung gehabt und Frankreichs Münze für Silber offengestanden habe, d. h. bis 1873, daher sei bis dahin das Verhältnis so stetig geblieben. Bei so festem Wertverhältnis bildeten beide Edelmetalle zusammen nur einen Maßstab, indem es gleichgültig sei, ob man Gold oder ein fünfzehneinhalbmal so schweres Stück Silber benutze. Damit kann Walsh Recht haben, er kann aber auch Unrecht haben; denn Amerika hat durch Vermehrung der Nachfrage dem Silberpreis aufzuhelfen gesucht und den entgegengesetzten Erfolg erzielt. Gewißheit könnte nur das Experiment schaffen, und gefährliche Experimente unternimmt man nicht ohne zwingende Gründe.

Walsh setzt dann die unheilvollen Wirkungen des gegenwärtigen Zustandes für England und Indien aus einander; Indien werde dadurch erdrückt, daß sich seine Zahlungsverpflichtungen gegen England durch die Entwertung seines Zahlungsmittels beinahe verdoppelt, für England aber sei dieser Zustand ebenso unerträglich, da sein Handel mit Indien zum Hasardspiele werde, und noch andre üble Wirkungen aus der Unsicherheit der Münzverhältnisse hervorgingen, die wir hier nicht aufzählen wollen. Denn alle diese Dinge berühren uns Deutsche gar nicht oder nur in ganz unmerklicher Weise. Berühren würde es uns, wenn es wahr wäre, was Walsh mit allen Silberfreunden behauptet, daß die Welt an einem stetigen Sinken aller Warenpreise leide, und daß an diesem Preisfall die stetige Wertsteigerung des Goldes schuld sei, daß auch die Silberentwertung nicht von der vermehrten und erleichterten Silberproduktion, sondern von der Verteuerung des Goldes herrühre, daß diese Verteuerung unvermeidlich sei, weil die Goldvermehrung mit der steigenden Nachfrage nicht gleichen Schritt halte, und daß demnach jene Benachteiligung der irischen Pächter, deren Möglichkeit wir zugegeben haben, nicht bloß möglich, sondern gewiß sei. In Beziehung auf die beklagte Billigkeit aller Waren nun ist es sehr schwierig, zu ermitteln, was an der Behauptung ist; die dürftigen Tabellen von Soetbeer und Sauerbeck, die immer von den Silberleuten, auch von Walsh (dieser benutzt nur die Sauerbeck'schen) als Beweismittel vorgeführt werden, sind ganz wertlos. Wir möchten einen andern Weg der Untersuchung empfehlen, der besonders in Deutschland angebracht ist, weil das mehr Reichs- und Staatsbeamte hat als irgend ein andres Land. Wenn es wahr ist, daß seit 1873 der Geldwert steigt und der Preis aller Waren stetig sinkt, dann erfreuen sich alle Beamten, so lange ihre Besoldung dem Nennwert nach unverändert bleibt, einer beständigen Gehaltserhöhung, dann sind alle Gehaltserhöhungen seit 1873 zu Unrecht geschehen, und alle fernern Anträge auf solche sind abzuweisen. Herr von Kardorff möge sich erst mit den Landräten, Richtern, Geistlichen, Lehrern, Post- und Bahnbeamten über diesen Punkt einigen, dann wollen wir weiter darüber sprechen; vorher hat es keinen Zweck. Was aber die irischen Pächter anlangt, so dürften die wahrscheinlich froh sein, wenn sie keine andern Schmerzen hätten als die Goldwährung. Walsh ist ein sehr scharfsinniger Mann, aber gerade scharfsinnigen Leuten begegnet es manchmal, daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. England will, was sehr löblich ist, sein altes Unrecht an Irland wieder gut machen, und zu diesem Zweck vermittelt der Staat den irischen Bauern teils Landankäufe, teils billige Pachtbedingungen. Es ist aber immer sehr schwierig, einem den Pelz zu waschen, wenn man ihn nicht naß machen will. Sollen die irischen Bauern durchkommen, so muß der an ihren Vorvätern begangne Landraub einfach rückgängig gemacht und ihr Land ihnen als unbelastetes Eigentum überlassen werden. Sieht man aber darin eine Beraubung der englischen Landlords,

und will man diesen ihre Rente unverkürzt erhalten, so kommen die irischen Bauern nicht durch und gehen bei jeder Art von Währung zu Grunde.

Walsh führt dann auch noch an, daß der Druck der Staatsschuld durch die Verteuerung des Metalls, in dem die Zinsen zu zahlen sind, außerordentlich vermehrt werde. Lassen wir das dahingestellt sein; aber sehr beherzigenswert ist die daran gefügte Erinnerung, die für die Staatsschuld an sich gilt und ihr Gewicht bei jeder Art von Währung behält: „daß sich die Gläubiger des Staats vorwiegend unter den Kapitalisten und den geldbesitzenden Klassen finden, während die Hauptschuldner des Staats die Leute sind, die auf den Äckern, in den Fabriken und in den Bergwerken arbeiten.“ Und ebenso wichtig und richtig ist eine Anmerkung zu diesem Satze: „Es ist eine thörichte Entgegnung, der Gesamtwohlstand der Nation habe sich [durch die Vergrößerung der Staatsschuld] nicht verändert, da es sich nur um eine Verschiebung von einer Klasse zu andern handle; ebenso gut kann man die Kunst eines Taschendiebes oder Falschspielers für unschädlich erklären, weil sie das Vermögen nur aus einer Tasche in die andre hinüberführe. Der Volkswohlstand hängt von der richtigen Vermögensverteilung und der Sicherheit der Gewerbethätigkeit ab.“ Das haben wir Deutschen besonders zu beherzigen, die wir uns im Reich seit etwa fünfzehn Jahren auf den Weg des Schuldenmachens begeben haben. Daß die Staatsgläubiger ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Goldwährung haben, ist richtig; aber wer macht denn Staatsgläubiger? Die Regierungen, die Anleihen kontrahiren, und Herr von Kardorff und seine politischen Freunde, die sie bewilligen. Wer macht die Fondsbörse zur mächtigsten aller Weltmächte? Wiederum dieselben Herren, die Anleihen kontrahiren und bewilligen, sowie die Aktieninhaber. Und sind die Besitzer von Staatsschuldscheinen und Aktien etwa lauter Börsenjuden? In England, wo es wenig Juden giebt, schon lange nicht; aber auch bei uns sind es größtenteils große und kleine christliche Kapitalisten, und jeder kleine Rentner freut sich, wenn eine neue Anleihe aufgelegt wird, weil er davon eine Hebung des Zinsfußes erwartet; daß sein Sohn, der das väterliche Gut oder Geschäft übernommen hat, die Zinsen bezahlen muß, in Gestalt von direkten und indirekten Steuern, und davon vielleicht erdrückt wird, das beachtet er nicht.

Wenn Walsh behauptet, die Goldwährung sei schon darum unvernünftig, weil die stetig wachsende Bevölkerung und der zunehmende Reichtum der Völker eine Vermehrung der Umlaufsmittel notwendig mache, so klingt das zwar theoretisch unanfechtbar; thatsächlich aber leidet außer den Ländern, die, wie Italien, bankrott sind, keines an Geldknappheit; im Gegenteil, Geld bleibt billig, und alle Banken sind mit Gold gefüllt bis zum Platzen. Am 9. Juni berichtete der Economist aus London: „Die Goldfülle auf dem offenen Markte sowohl wie in der Bank von England erreicht Ziffern, die bisher noch nicht verzeichnet worden sind. Der Goldschatz der Bank betrug mehr als 37 Millionen Pfund Sterling, die Reserve mehr als 28750000 Pfund Sterling, und deren Verhältnis zu den Passiven fast 70 Prozent.“ Nur die Vereinigten Staaten haben über Geldabfluß zu klagen, weil sie so thöricht gewesen sind, das bessere Metall durch das schlechtere zu vertreiben. Übrigens ist Walsh doch zu verständig, als daß er im Bimetallismus ein Universalmittel sehen sollte. Mit den Worten eines Gefinnungsgenossen sagt er in der Einleitung: „Ein Korrespondent wünscht zu erfahren, ob und wie der Bimetallismus alle übeln Folgen des Niedergangs [der Mann meint doch wohl den Niedergang selbst] beseitigen würde. Das wird er gewiß nicht. Kein einzelnes Ding wird das vollbringen. Man soll jedem mißtrauen, der behauptet,

daß eine einzige [besser einzelne] Reform unsre ganze Not aus der Welt schaffen werde."

Wir schließen, wie schon bei einer frühern Gelegenheit: es ist möglich, daß die Silbermänner für die Vergangenheit Recht haben, daß die Einführung der Goldwährung in Deutschland und die Einstellung der Silberprägung in Frankreich Fehler gewesen sind. Aber solange der Silberpreis reißend fällt, wäre es Wahnsinn, Silber zum Wertmesser zu machen, weil niemand vorauswissen kann, ob es selbst den vereinigten Gesetzgebungen aller Kulturstaaten gelingen würde, ihn wieder fest zu machen. Jedenfalls haben wir in Deutschland, wo das angebliche Unglück der Goldwährung zwar von Gelehrten bewiesen, aber von keinem Menschen wirklich empfunden wird, nicht die geringste Veranlassung, uns in Abenteuer zu stürzen. Mit England ist es etwas anders, wegen Indien; geht es voran, so können wir ja dann überlegen, ob wir uns beteiligen wollen. Nachdem sich die Beratungen der letzten Silberkonferenz im Sande verlaufen haben, hat die Währungsfrage vorläufig jede praktische Bedeutung verloren.

Junge Bummeler. In unsern Großstädten kommt eine neue Unsitte auf, wohl ausländischen Großstädten nachgeäfft. Dierzehn- bis sechzehnjährige Jungen werden dazu mißbraucht, von früh bis abends in den Straßen herumzubbummeln und an Stangen Reklameschilder herumzutragen. Daß diese armen Jungen nicht das geringste lernen, daß sie bei dieser öden und, wie ihnen bald genug klar wird, ganz zweck- und erfolglosen Nichtsthuerie geistig und sittlich verkommen müssen, liegt auf der Hand. Man sehe nur, wenn sich zwei oder drei solche arme Burschen zusammenfinden, wie entsetzlich sie sich langweilen, man höre, was sie über sich selbst für Bemerkungen machen! Schon nach wenigen Wochen muß ja so ein Junge einen wahren Ekel vor sich haben! Er muß die Jungen beneiden, die die Asphaltstraße kehren, denn die nützen doch der Menschheit etwas! Man wundert sich ja nicht, daß es Geschäftsleute giebt, die sich kein Gewissen daraus machen, Kinder zu so etwas zu mißbrauchen; wohl aber muß man sich darüber wundern, daß es Eltern giebt, die so unvernünftig sind, ihre Kinder dazu herzugeben. Da das aber leider der Fall ist, so sollten sich die Behörden ins Mittel schlagen und den Unfug nicht dulden. Schlimm genug, daß so viele Kinder unbemerkt zu Grunde gehen; aber gleichsam coram publico sollte man keine zu Grunde gehen lassen.



Litteratur

Mein Leben. Selbstbiographie, Tagebuchblätter und Briefe von Franz Nissel. Stuttgart, Cotta

Ein merkwürdiges, ein trauriges Buch, das Gutes wirken, aber auch Unheil anrichten kann. Der Verfasser, der vor etwa Jahresfrist verstorben Dichter des Schauspiels Agnes von Meran (1878 mit dem Schillerpreis gekrönt), nennt sein Leben „unerhört traurig und nahezu verloren,“ die Herausgeberin, seine Schwester, spricht sich in ähnlichem Sinne aus. In der That hat ihm das Glück nur selten gelächelt. Von den ersten Mannesjahren an kränkelnd, hat er beinahe die ganze